



| Inhalt | Seite |
|--|-------|
| GI Leitsätze | 150 |
| Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters | 151 |
| – Änderung der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf | |
| – Anmerkung | |
| – Weiterführende Hinweise zum Zurückbehaltungsrecht und zur Rückgabe von Unterlagen | |
| (OLG Düsseldorf Urst. v. 9.10.1986 – 18 U 83/86) | |
| Honorarklage des Steuerberaters | 156 |
| – Gerichtsstand am Sitz der Praxis oder des Mandanten? | |
| – Weiterführende Hinweise zum Honoraranspruch, dessen Verjährung und zur Beweislast | |
| (LG Mönchengladbach Urst. v. 11.3.1986 – 6 O 236/85, rechtskräftig durch Urteil des OLG Düsseldorf v. 9.10.1986 – 18 U 83/86) | |
| Haftung aus fehlerhaftem Gutachten gegenüber Dritten | 159 |
| – Bewertungsgutachten über ein Grundstück | |
| – Weiterführende Hinweise zur Dritthaftung von StB, Wp, RA, Sachverständigen pp. | |
| (OLG Köln Urst. v. 11.2.1986 – 22 U 131/85) | |
| Haftung des Steuerberaters | 165 |
| – Anerkenntnis des Fristversäumnisses | |
| – Weiterführende Hinweise | |
| (AG Elmshorn Urst. v. 4.6.1986 – Az. 54 C 172/83) | |

GI Leitsätze

Keine Belehrungspflicht des Rechtsanwalts gegenüber Berufskollegen

Der Rechtsanwalt kann grundsätzlich nicht mit der Begründung auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden, er habe seinen Auftraggeber nicht über die geringen oder fehlenden Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels belehrt, wenn der Auftraggeber selbst Rechtsanwalt ist und die Führung des Rechtsstreits Spezialkenntnisse nicht voraussetze. (OLG Düsseldorf Urt. v. 12.7.1986 – 8 U 245/84 MDR 86, 145)

Unlauterer Wettbewerb/Rechtsanwalt

Die Eigenwerbung eines Instituts, hinter dem erkennbar Rechtsanwälte stehen, „für Anwaltskollegen“ juristische Aufgaben zu erfüllen, verstößt gegen das Werbeverbot für Rechtsanwälte und gegen § 1 UWG. (BGH Urt. v. 23.5.1985 – I ZR 31/83 GRUR 1986, 81)

Zulassung eines Steuerberaters als Rechtsbeistand

1. Eine steuerberatende Tätigkeit vermittelt nicht die für die Sachkunde als Rechtsbeistand für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht notwendigen berufspraktischen Fertigkeiten zur Rechtsberatung und Rechtsbesorgung bei Durchsetzung und Abwehr zivil-, handels- und gesellschaftsrechtlicher Ansprüche (also im Falle von Rechtsstreitigkeiten).
2. Auf eine gesetzwidrig durchgeführte rechtsberatende Tätigkeit kann sich der Rechtsbeistandsbewerber zum Nachweis seiner berufspraktischen Sachkunde nicht berufen.

(VGH Ba.-Wü (Mannheim) Urt. v. 6.11.1985 – 9 S 1660/84)

Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters

- Änderung der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf
- Anmerkung
- Weiterführende Hinweise zum Zurückbehaltungsrecht und zur Rückgabe von Unterlagen

(OLG Düsseldorf Ur. v. 9.10.1986 – 18 U 83/86)

Leitsatz:

Zum Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters an Arbeitsergebnissen, wenn diese und die geltend gemachte Honorarforderung – bei langjährigem Mandantenverhältnis – sich auf unterschiedliche Zeiträume beziehen.

Zum Sachverhalt:

Der Steuerberater klagte offene Rechnungsbeträge gegen den Mandanten ein. Dieser erhob Widerklage auf Herausgabe von Journalen, der Datev-Buchführung, der Hauptabschlußübersicht 1983, der Umbuchungsliste 1983 etc. Der Steuerberater behauptete ein Zurückbehaltungsrecht bis zur Begleichung der offenen Rechnungen.

Aus den Gründen:

1. Zurückbehaltungsrecht an den sog. Arbeitsergebnissen des Steuerberaters

Bei der Hauptabschlußübersicht und der Umbuchungsliste für das Jahr 1983 handelt es sich um vom Kläger selbst erstellte Unterlagen, um sog. Arbeitsergebnisse des Steuerberaters.

Es kommt infolgedessen allein darauf an, ob ein Zurückbehaltungsrecht (§ 273 BGB) an solchen Unterlagen besteht oder nicht. Es kann dahinstehen, ob ein Zurückbehaltungsrecht an Unterlagen, welche vom Auftraggeber erstellt sind (Mandantenunterlagen), grundsätzlich verneint werden muß (für ein Zurückbehaltungsrecht: BGH VersR 1980, 264, 266; OLG Hamburg NJW 1983, 2455; verneinend: OLG Düsseldorf 13. Zivilsenat NJW 1977, 1201 = MDR 1977, 688; differenzierend: Gehre, Steuerberatungsgesetz § 66 Rdn. 13).

2. Stehen die Arbeitsergebnisse in einem Zusammenhang mit den noch nicht beglichenen Honoraren?

Ein Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters an seinen Arbeitsergebnissen hat nach § 273 Abs. 1 BGB zwei Voraussetzungen: Die Honorarforderung des Steuerberaters, auf welche er sein Zurückbehaltungsrecht stützt, muß auf denselben rechtlichen Verhältnissen beruhen, wie seine Herausgabepflicht hinsichtlich der Arbeitsergebnisse (sog. Konnexität), und aus dem Schuldverhältnis darf sich nicht ergeben, daß ein Zurückbehaltungsrecht ausgeschlossen ist.

Aus der Natur des Schuldverhältnisses zwischen Steuerberater und Mandanten läßt sich – jedenfalls im Grundsatz – nicht ableiten, daß ein Zurückbehaltungsrecht an den Arbeitsunterlagen zu verneinen ist, weil der Mandant der gesamten Buchungsunterlagen (Arbeitsergebnisse und Mandantenunterlagen) dringend bedarf, um sein Geschäft fortführen zu können (so: OLG Düsseldorf 13. Senat, NJW 1977, 1201 = MDR 1977, 668). Mit dieser Auffassung würde man nämlich dem Steuerberater ein Druckmittel nehmen, welches das Gesetz gerade für wechselseitige Ansprüche innerhalb desselben Rechtsverhältnisses gestattet. Für eine derart eingreifende Beschränkung gesetzlicher Rechte bestehen im Falle des Steuerberaters keine ausreichenden Gründe (so wohl auch: BGH VersR 1980, 264, 266; OLG Hamburg NJW 1983, 2455).

Es besteht jedoch ein Bedürfnis, das dem Steuerberater wegen seiner Honoraransprüche grundsätzlich zustehende Zurückbehaltungsrecht an Arbeitsunterlagen einzuschränken, wenn sich das Verhältnis zwischen ihm und seinem Mandanten als Dauerschuldverhältnis darstellt. In diesem Falle geht es nicht an, ein allgemeines Zurückbehaltungsrecht auch dann zuzulassen, wenn sich die geltend gemachte Honorarforderung auf einen längst zurückliegenden Zeitraum bezieht, während das Zurückbehaltungsrecht an neuesten Arbeitsergebnissen geltend gemacht wird. Die hier gebotene Differenzierung läßt sich bei der Prüfung der Konnexität – Voraussetzung eines Zurückbehaltungsrecht – vornehmen.

Im Rahmen eines Dauerschuldverhältnisses ist deshalb Konnexität zwischen Honorarforderung und Anspruch auf Unterlagenherausgabe nur dann zu bejahen, wenn sich beide auf denselben Zeitraum beziehen, in aller Regel dasselbe Abrechnungsjahr. Auf diese Weise wird ein angemessener Ausgleich zwischen dem Interesse des Steuerberaters an einem Druckmittel für seine Honorarforderung und dem Bedürfnis des Mandanten gefunden, die Buchführungsunterlagen bei

weiterer Führung der Geschäfte und bei der Bearbeitung von Steuerfragen zur Verfügung zu haben (so im Ergebnis: Gehre, a.a.O.).

Ausgehend von diesen Rechtsgrundsätzen ist ein Zurückbehaltungsrecht des Klägers an den Arbeitsergebnissen für das Jahr 1983 (Hauptabschlußübersicht einschließlich Umbuchungsliste) zu verneinen. Der Kläger hat nämlich nicht dargetan, daß ihm für dasselbe Jahr (1983) noch Honoraransprüche zustehen. ... (wird ausgeführt).

Anmerkung:

Das Urteil des 18. Zivilsenats korrigiert die bisherige Rechtsprechung des 13. Zivilsenats des OLG Düsseldorf (NJW 1977, 1201 = MDR 1977, 668).

Der 13. Senat hatte ein Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters grundsätzlich verneint. Er war der Auffassung, daß alle Unterlagen für eine ordnungsgemäße Fortführung der Buchführung und zur Abgabe der Steuererklärung für den Mandanten unentbehrlich seien (ebenso: Brenner DB 1984, 842 ff. und Münchner Kommentar-Keller § 273 Tz. 53).

Der 18. Senat des OLG Düsseldorf nähert sich mit der vorliegenden Entscheidung der überwiegenden Rechtsauffassung des BGH und der OLG Hamburg, Frankfurt und Berlin (BGH VersR 1980, 266; OLG Hamburg NJW 1983, 2455; OLG Frankfurt StB 1975, 70; KG DStR 1984, 461 = StB 1984, 388 = MittBl. WPK-Nr. 112, 14; WP-Handbuch 1985, 129).

Die Einräumung eines Zurückbehaltungsrechts für den Steuerberater gem. § 273 BGB erscheint notwendig. Warum soll einem Rechtsanwalt ein Zurückbehaltungsrecht zustehen, dem Steuerberater aber nicht? Dem Anwalt ist in § 50 Abs. 1 BRAO ausdrücklich das Recht zur Zurückbehaltung von Handakten wegen offener Honoraransprüche eingeräumt worden. Das Zurückbehaltungsrecht wird sogar ausdrücklich auch an den von dem Mandanten überlassenen Unterlagen für möglich gehalten (§ 50 Abs. 3 BRAO).

Die vom OLG Düsseldorf vorgenommene Beschränkung des Zurückbehaltungsrechts auf Honorarforderungen, die im konkreten Zusammenhang mit den zurückbehaltenen Unterlagen stehen, erscheint nicht nachvollziehbar:

Warum soll wegen früherer noch offener Rechnungen ein Zurückbehaltungsrecht an aktuellen Arbeitsergebnissen nicht möglich sein? Der Anspruch des Steuerberaters auf Honorarzahlung und der Gegenanspruch des Mandanten auf Herausgabe von Unterlagen beruhen auf „demselben rechtlichen Verhältnis“. Dieser Begriff ist im weitesten Sinne zu

verstehen. Es genügt, wenn zwischen den beiden Ansprüchen ein „innerer natürlicher und wirtschaftlicher Zusammenhang“ besteht (ständige Rechtsprechung: BGHZ 64, 125).

Das Bindeglied für den Honoraranspruch und das Zurückbehaltungsrecht ist der Steuerberatungsvertrag.

Würde man der Auffassung des OLG Düsseldorf folgen, so hätte der Steuerberater bei offenen alten Gebührenrechnungen regelmäßig kein Druckmittel zur Bezahlung der Rechnungen mehr in der Hand.

Richtig ist, daß ein Zurückbehaltungsrecht wegen einer verhältnismäßig geringen Honorarforderung auch auf einen dementsprechend geringen Teil der Unterlagen zu beschränken ist (arg. § 320 Abs. 2 BGB, 242 BGB).

Richtig ist auch, das Zurückbehaltungsrecht dann einzuschränken, wenn der Mandant darlegen und beweisen kann, daß ihm im Falle der Verweigerung der Herausgabe ein besonders hoher Schaden droht. In derartigen Fällen sollte der Steuerberater dem Mandanten bzw. dessen Bevollmächtigten zur Vermeidung des drohenden Schadens eine Einsichtsmöglichkeit in die Unterlagen geben oder Kopien zur Verfügung stellen.

Das OLG hat die Frage offengelassen, ob das Zurückbehaltungsrecht sich nur auf die sog. Arbeitsergebnisse des Steuerberaters bezieht.

Weiterführende Hinweise zum Zurückbehaltungsrecht und zur Rückgabe von Unterlagen

1. Der Mandant kann das Zurückbehaltungsrecht beseitigen durch Erbringung einer Sicherheitsleistung. § 273 Abs. 3 BGB
2. Nicht herauszugeben ist der mit dem Mandanten geführte Schriftwechsel und Abschriften von Schreiben, die der Steuerberater im Rahmen seines Auftrages an Behörden, insbesondere an das Finanzamt, gerichtet hat. Dabei wird unterstellt, daß dem Mandanten jeweils Abschriften des Schriftwechsels übersandt wurden. MittBl. StBKammer Rheinland-Pfalz August 1977, 5/6

3. Bei der Datev gespeicherte Daten des Mandanten sind Arbeitsergebnisse aus dem Mandat, die gem. §§ 667, 675 BGB herauszugeben sind.
LG Münster
Urt. v. 10.7.81 –
10 S 29/81;
AG Maulbronn
Urt. v. 24.4.84
– 1 C 334/84;
LG Duisburg ZIP 1982,
603; Pelka/Hartmann,
Beck'sches Steuer-
beraterhandbuch
1986 Teil S 65 ff
4. Im Konkursverfahren des Mandanten ist der Steuerberatungsvertrag gem. § 23 Abs. 2 KO erloschen. Ein Honoraranspruch muß als einfache Konkursforderung angemeldet werden. Ein Zurückbehaltungsrecht gegenüber dem Konkursverwalter ist nicht gegeben.
OLG Stuttgart
ZIP 1982, 80 =
MittBl WPK Nr. 90, 22
= GI 10/82;
OLG Düsseldorf
GI 10/83
= ZIP 1982, 471;
Münchner
Kommentar-Keller
§ 273, 53;
Mentzel-Kuhn-
Uhlenbruck § 117 Tz. 8
5. Im Wege der einstweiligen Verfügung kann die Herausgabe der zurückbehaltenen Unterlagen nur an den Gerichtsvollzieher als Sequester verlangt werden.
OLG Koblenz
Urt. v. 20.10.1982
GI 22/ 84 mwN; a.A.:
OLG Düsseldorf
Urt. v. 29.6.1983
GI 3/84: Es kann
Herausgabe an den
Mandanten verlangt
werden.
6. Die Beweislast für den Umfang der zurückgegebenen Mandantenunterlagen trägt der Steuerberater.
OLG Düsseldorf
Urt. v. 29.6.83
GI 3/84

Honorarklage des Steuerberaters

- Gerichtsstand am Sitz der Praxis oder des Mandanten?
- Weiterführende Hinweise zum Honoraranspruch, dessen Verjährung und zur Beweislast

(LG Mönchengladbach Urt. v. 11. 3. 1986 – 6 O 236/85, rechtskräftig durch Urteil des OLG Düsseldorf v. 9. 10. 1986 – 18 U 83/86)

Leitsatz (d. Verf.):

Gerichtsstand für eine Honorarklage des Steuerberaters ist – in aller Regel – nicht der Geschäftssitz der Steuerpraxis, sondern der Wohnsitz des Mandanten.

Zum Sachverhalt:

Der Geschäftssitz des Steuerberaters und der Wohnsitz des Mandanten befanden sich in verschiedenen Landgerichtsbezirken. Der Steuerberater klagte sein offenes Honorar an dem für ihn zuständigen Landgericht ein.

Aus den Gründen:

Die Kammer geht davon aus, daß für den Honoraranspruch eines Steuerberaters regelmäßig der Wohnsitz des Auftraggebers als Erfüllungsort anzusehen ist. Beim gegenseitigen Vertrag ist der Erfüllungsort für die Verbindlichkeit beider Vertragsteile regelmäßig gesondert zu bestimmen. Nach §§ 269, 270 BGB ist der Leistungs-/Erfüllungsort für Geldschulden nur dann nicht der Wohnsitz des Schuldners, wenn die Parteien etwas anderes bestimmt haben oder sich aus den Umständen etwas anderes ergibt. Eine ausdrückliche andere Bestimmung liegt hier nicht vor mit der Folge, daß sich Abweichendes nur aus den Umständen des Schuldverständnisses ergeben könnte.

Dies ist aber beim vorliegenden Vertrag nicht der Fall, so daß auch unter dem Gesichtspunkt des Gerichtsstandes als Erfüllungsort nicht das Landgericht Mönchengladbach zuständig ist.

Bei dem Steuerberatervertrag lassen sich hinsichtlich der Frage des Erfüllungsortes für Zahlungen des Mandanten generelle Regelungen nicht aufstellen. So ist es zwar verkehrsüblich, daß Kraftfahrzeugreparaturen anläßlich der Abholung eines Fahrzeuges in der Werkstatt

bezahlt werden mit der Folge, daß dort der Erfüllungsort für den Werklohn ist. Entsprechende Gepflogenheiten gibt es aber beim Steuerberatervertrag in aller Regel nicht. ...

Hier besteht die streitige Verpflichtung des Beklagten darin, das Steuerberaterhonorar auf seine Gefahr und auf seine Kosten an den Wohnsitz des Klägers zu übermitteln (§ 270 Abs. 1 BGB). Weil hier aus den Umständen, insbesondere aus der Natur des Schuldverhältnisses und einer Verkehrssitte, keine abweichende Beurteilung gerechtfertigt ist, ist als gesetzlicher Leistungsort der Ort anzusehen, bei dem der Beklagte zur Zeit des Vertragsschlusses seinen Wohnsitz hatte (§ 269 Abs. 1. BGB). Damit ist das Landgericht Düsseldorf zuständig.

Auch die Umstände und die „Natur des Schuldverhältnisses“ geben nichts dafür her, daß der Mandant eines Steuerberaters das Honorar in der Kanzlei des Steuerberaters zu zahlen hat. Sieht man von den Bargeschäften des täglichen Lebens ab, werden Zahlungspflichten, aus welchem Rechtsgrund auch immer, heute in aller Regel bargeldlos durch Überweisung auf ein Konto des Gläubigers erfüllt. Die Barzahlung eines Mandanten in der Kanzlei des Steuerberaters dürfte eine verschwindende Ausnahme sein. Daß der Steuerberater seine wesentliche Leistung in seiner Kanzlei erbringt, erlaubt nicht den Schluß, daß auch der Mandant des Steuerberaters dort zahlen muß. Das Gesetz kennt keinen einheitlichen Erfüllungsort für alle beiderseitigen Verpflichtungen aus einem Vertrag; der Erfüllungsort muß vielmehr für jede Leistungspflicht selbständig bestimmt werden.

Verkäufer und Käufer, Verpächter und Pächter, Darlehensgeber und Darlehensnehmer, aber auch Unternehmer und Besteller, müssen deshalb ihre Vertragspflichten nicht selten an verschiedenen Orten erfüllen. Der Steuerberatervertrag macht keine Ausnahme. **Die Lage der Kanzlei des Steuerberaters allein bestimmt den Erfüllungsort für die Zahlungspflicht des Mandanten nicht.**

Das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 16.3.1982 (Der Betrieb 1972, 1065) gibt zu einer anderen Beurteilung keine Veranlassung. Im dort zu entscheidenden Fall wurde nämlich das Mandat an den Steuerberater erteilt für eine zu gründende Kommanditgesellschaft, die am Sitz des Steuerberaters ihren Geschäftssitz haben sollte und dort schon ihre Geschäfte aufgenommen hatte. Dann liegt in der Tat die Feststellung nahe, daß beide Parteien ihre geschäftliche Tätigkeit an dem Ort entfalteten, an dem der Steuerberater seinen Wohnsitz hatte. Im hier zu entscheidenden Fall fehlt aber eine solche geschäftliche Verbindung des Beklagten zum Landgerichtsbezirk Mönchengladbach. Ob für die

Honorarklage eines Rechtsanwaltes etwas anderes gilt, bedarf hier keiner Erörterung. Im vorliegenden Fall geht es um die Honorarklage eines Steuerberaters.

.....

Weiterführende Hinweise zum Honoraranspruch, dessen Verjährung sowie zur Beweislast

1. Honoraransprüche verjähren in zwei Jahren ab dem Ende des Kalenderjahres, in welchem der Honoraranspruch fällig geworden ist. KG DSfR 1979, 296
2. Honoraransprüche einer Steuerberatungs-GmbH verjähren gemäß § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB ebenfalls in zwei Jahren. OLG Celle BB 1984, 72
3. Befindet sich der Mandant mit der Annahme der Dienste des Steuerberaters in Verzug, so kann der Steuerberater für die wegen des Verzuges nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein. Er muß sich lediglich die Ersparnis bei den Bürokosten anrechnen lassen. Der Mandant kommt in Annahmeverzug, wenn er auf schriftliche Aufforderung des Steuerberaters, die Bücher zur Verfügung zu stellen, schweigt, obwohl der Steuerberater die Steuererklärungen zu erstellen hat. OLG Düsseldorf
Urt. v. 7.6.1984 –
18 U 21/84, GI 24/84
4. Der Steuerberatungsvertrag ist regelmäßig von beiden Vertragspartnern ohne Vorliegen besonderer Kündigungsgründe fristlos gemäß § 627 BGB kündbar. BGHZ 54, 107 f.;
OLG Köln GI 1/85;
Münchner
Kommentar-
Schwerdtner § 670
Tz. 9; Staudinger-
Neumann § 627, 12
Das Kündigungsrecht
des Mandanten
gemäß § 627 BGB
kann vertraglich ein-
geschränkt werden.
5. Im Falle der fristlosen Kündigung gemäß § 627 BGB hat der Steuerberater gemäß § 628 Abs. 1 BGB nur einen Anspruch auf Teilvergütung. BGH WM 1970, 1052

6. Ist eine Kündigungsfrist von 3 Monaten zum Quartalsende vereinbart, so steht dem Steuerberater sein Honorar während des Laufs der Kündigungsfrist weiterhin zu, wenn er seine Dienste angeboten, der Mandant sie jedoch nicht angenommen hat. LG Darmstadt, StBg 1984, 246

Haftung aus fehlerhaftem Gutachten gegenüber Dritten

- Bewertungsgutachten über ein Grundstück
- Weiterführende Hinweise zur Dritthaftung von StB, Wp, RA, Sachverständigen pp. (OLG Köln Urf. v. 11. 2. 1986 – 22 U 131/85)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Zur Haftung des Sachverständigen aus einem Bewertungsgutachten gegenüber einer in der Zwangsversteigerung ausgefallenen Hypothekenbank.
2. Allein die Möglichkeit, daß ein Bewertungsgutachten irgendeiner Bank, Versicherung, Sparkasse oder einem privaten Geldgeber zu Beleihungszwecken überlassen wird, reicht nicht aus, alle potentiellen Kreditgeber in den Schutzbereich des Vertrages über die Erstellung eines Bewertungsgutachtens einzubeziehen.

Aus den Gründen:

Selbst wenn der Beklagte wußte oder zumindest damit rechnen mußte, daß sein Gutachten auch zu Beleihungszwecken verwandt würde, kann weder eine vertragliche noch eine vertragsähnliche Haftung gegenüber der Klägerin bejaht werden.

Da unmittelbare vertragliche Beziehungen zwischen den Parteien nicht bestehen, kann eine vertragliche Haftung des Beklagten nur aufgrund seiner Vertragsbeziehung zu seinen Auftraggebern im Wege der Einbeziehung der Klägerin in den Schutzbereich dieses Vertrages in Betracht kommen. Eine solche Einbeziehung setzt jedoch eine entsprechende Vereinbarung der Vertragspartner voraus, die auch im Wege der Vertragsauslegung unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen im Einzelfall angenommen werden kann (vgl. BGH NJW 1982, 2431 f.; NJW 1984, 355 f.; MDR 1985, 1001).

Bei der Beauftragung von Sachverständigen mit der Erstellung eines Wertgutachtens über ein Grundstück ist es nicht selten, daß das Gutachten auch als Grundlage für die Entscheidung von Personen dienen soll, die zum Sachverständigen nicht in vertraglichen Beziehungen stehen. In derartigen Fällen wird der Sachverständige erkannt haben oder zumindest erkannt haben können, daß diese Personen sich in gleicher Weise auf die Richtigkeit des Gutachtens verlassen wie der Auftraggeber und dieser daran interessiert ist, daß der Sachverständige auch diesen Personen gegenüber die gleiche Sorgfalt übt. Unter diesen Umständen kann im Einzelfall eine Ausdehnung des Schutzbereiches eines Vertrages über den Kreis der Vertragsparteien hinaus angenommen werden (vgl. BGH NJW 1984, 356). Allerdings sind auf der anderen Seite auch die Interessen des Sachverständigen zu berücksichtigen, der nicht in einer unzumutbaren Weise mit Schadenersatzpflichten gegenüber Dritten belastet werden darf. Daß er im Ergebnis in bezug auf „jeden, den es angeht“ eine vertragliche Haftpflicht übernimmt, kann sein Vertragspartner nach Treu und Glauben ohne weiteres nicht erwarten; ein derartiger Wille kann beim Sachverständigen daher in der Regel auch nicht gemäß § 157 BGB im Wege der Vertragsauslegung angenommen werden (BGH a.a.O.; vgl. ferner BGH NJW 1970, 1737 f., und NJW 1973, 321 ff.).

Eine derart uferlose Haftpflicht des Sachverständigen droht nicht, wenn der Sachverständige die in den Schutzbereich des Vertrages einzubeziehende Personengruppe überschauen kann, das heißt, wenn er ermes- sen kann, von welchen Personen gegebenenfalls Haftpflichtansprüche geltend gemacht werden. **Dies ist ihm aber nur möglich, wenn er diese Personen konkret bestimmen und ermitteln kann, ohne daß sie ihm namentlich bekannt sein müßten oder er ihre genaue Anzahl kennen müßte;** es reicht aus, daß der Personenkreis objektiv abgrenzbar ist (BGH NJW 1984, 355). So handelte es sich in der soeben zitierten BGH-Entscheidung um eine hinter dem Auftraggeber stehende bestimmte Käufergruppe, deren Mitglieder dem Sachverständigen zwar nicht

namentlich oder zahlenmäßig bekannt waren, die aber von ihm unschwer hätten ermittelt werden können; demnach konnten die Vertragsparteien diese Gruppe bereits bei Vertragsschluß in den Schutzbereich des Vertrages einbeziehen. Im Fall BGH NJW 1982, 2431, bzw. MDR 1985, 1001, war es eine bestimmte, wenn auch namentlich nicht bekannte Kreditgeberin, der, wie der Sachverständige unschwer erkennen konnte, das Gutachten zum Nachweis der Beleihbarkeit der bewerteten Grundstücke vorgelegt worden war. Unter diesen Umständen war in jenem Fall zu prüfen, ob der Sachverständige den Erklärungen des Auftraggebers entnehmen mußte, daß der Auftraggeber auch die Interessen der namentlich nicht genannten Kreditgeberin im Auge hatte und diese vor den Folgen einer ungenügenden dinglichen Absicherung des Kredites schützen wollte (vgl. MDR 1985, 1001 a.E.).

Anders liegt der Fall hier.

Die Klägerin hat nichts dafür vorgetragen, daß dem Beklagten zu irgendeinem Zeitpunkt bekannt geworden oder es für ihn erkennbar geworden wäre, daß ihr das Gutachten von den Eheleuten St. zu Beleihungszwecken zur Verfügung gestellt wurde oder auch nur zur Verfügung gestellt werden sollte, wobei es unerheblich wäre, ob ihm der Name der Klägerin genannt worden war oder nicht. Allein die Möglichkeit, daß das Gutachten irgendeiner Bank oder irgendeinem anderen Kreditgeber zu Beleihungszwecken überlassen wurde, reicht nach den genannten Grundsätzen nicht aus, um auf seiten des Beklagten den Willen annehmen zu können, **alle potentiellen Kreditgeber in den Schutzbereich des Vertrages einzubeziehen**; auch die Eheleute St. konnten hiervon nach Treu und Glauben nicht ausgehen. Der Kreis der potentiellen Kreditgeber, zu dem außer Banken und Sparkassen auch Versicherungen und private Geldgeber zählen, ist gänzlich unüberschaubar und nicht mehr objektiv abgrenzbar.

Bedenken gegen eine Einbeziehung der Klägerin in den Schutzbereich des Vertrages zwischen dem Beklagten und den Eheleuten St. bestehen auch deshalb, weil im allgemeinen **nur die Einbeziehung solcher Personen von den Vertragspartnern gewollt sein wird, die des Schutzes bedürfen** (vgl. zu diesem Gesichtspunkt bei der Bestimmung des Schutzzweckes gesetzlicher Normen BGH NJW 1985, 1020 ff. zu § 56 Abs. 1 Nr. 6 GewO; ferner Jehle NJW 1985, 1010 ff.). Als Hypothekenbank mußte die Klägerin wissen, daß sie sich nicht blindlings auf Privatgutachten verlassen darf, sondern selbst die Richtigkeit überprüfen muß. Dazu bestand im vorliegenden Fall umso mehr Anlaß, als das Gutachten des Beklagten keine

Feststellung über den Ertragswert enthielt und in seinen Angaben weitgehend pauschal ist. Wenn die Klägerin die Beleihung gleichwohl ausschließlich aufgrund des Privatgutachtens des Kunden ohne eigene Prüfung vornimmt, kann daraus der Schluß gezogen werden, daß ihr Sicherungsinteresse offenbar äußerst gering war, zumal seinerzeit der Preisverfall auf dem Grundstücksmarkt für aufwendig gebaute Villen und Einfamilienhäuser abzusehen war. Es hätte auch nichts im Wege gestanden, eine gutachterliche Äußerung eines anderen Sachverständigen oder aber zumindest eine Bestätigung des Beklagten hinsichtlich der Richtigkeit seiner Bewertung auch im Hinblick auf eine nachrangige Beleihung in der betreffenden Größenordnung einzuholen. Auf eine Absicherung kam es der Klägerin aber offensichtlich nicht an. Ein besonderes Schutzbedürfnis ist unter diesen Umständen daher auch nicht erkennbar.

Weiterführende Rechtsprechungshinweise zur Haftung des Steuerberaters/ Wirtschaftsprüfers gegenüber Dritten

Ersatzansprüche der Anleger gegen den von einer Gesellschaft eingesetzten Treuhänder, der die vertragmäßige Verwendung der von den Anlegern eingezahlten Gelder gewährleisten sollte; **keine Prospekthaftung des unbekannt gebliebenen Verfassers eines dem Prospekt zugrunde liegenden Gutachtens**, aber Deliktshaftung bei Unrichtigkeit des Gutachtens und grober Leichtfertigkeit des Verfassers.

BGH WM 1986, 904;
WuB I G 9 Prospekthaftung 4.86
(v. Heymann)

Zur Frage der Haftung eines Wirtschaftsprüfers gegenüber der kreditgebenden Bank, **der er eine im Auftrag des Kreditnehmers gefertigte unrichtige Übersicht über dessen Vermögen vorgelegt hat**.

BGH VersR 1986,
814 = BB 1986,
1179 = WM 1986,
711; WuB IV A.
§ 328 DGB 1.86
(v. Heymann)

Zu den Anforderungen an die vertragliche und deliktische Haftung eines Steuerbevollmächtigten, der **als „verlängerter Arm“ seines Auftraggebers** dessen Vertragspartner falsche Zahlen über Umsatz und Gewinn einer Handelsgesellschaft mitteilt.

BGH GI 43/85 = WM
1985, 1531 = StB 85,
360 = NJW 86, 180,
vgl. EWiR § 675,
BGB 8/85 (Gräfe);
WuB IV A. § 676 BGB
2.86 (Frisinger)

Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Dritter in den **Schutzbereich eines Auskunftsvertrages** einbezogen ist.

BGH WM 1985, 450
= ZIP 1985, 398;
vgl. EWIR § 676 BGB
1/85, 151 (Köndgen)
WuB IV A. § 305 BGB
1/85 (Verhahn)

Haftung aus fehlerhaften **Sachverständigengutachten** gegenüber Dritten

BGH Ur. v. 2. 11. 1983,
GI 2/84 = NJW 84,
355 = ZIP 84, 70

Gutachtenauftrag:
Stehen die **Gesellschafter im Schutzbereich des Vertrages?**

BGH Ur. v. 29. 9. 1982,
GI 5/83 = NJW 83,
1053 = WM 83, 35
= ZIP 83, 81 = DB 83,
279 = BB 83, 85

Der auf die Beratung eines Ehegatten im Rahmen einer **Scheidungsfolgenvereinbarung gerichteten Anwaltsvertrag** begründet zur Vertragshaftung führende Schutzpflichten zugunsten des anderen Ehegatten in der Regel auch dann nicht, wenn dieser Ehegatte wegen des Anwaltshonorars einen Schuldbeitritt erklärt.

OLG Düsseldorf
AnwBl. 1986, 203

Ein Wirtschaftsprüfer, der pflichtwidrig einen **Bestätigungsvermerk** erteilt hat, haftet nicht dafür, daß ein **Vorstandsmitglied der AG** die aufgrund der testierten Geschäftsberichte entstandenen und fort-dauernden Geschäftsverbindungen zu **strafbaren Handlungen** nutzt.

OLG Karlsruhe
Ur. v. 7. 2. 1985
GI 42/85

Ein Rat- oder Auskunftserteilungsvertrag wird nicht dadurch zwischen einem Wirtschaftsprüfer und einem Beteiligungsinteressenten an der geprüften Gesellschaft abgeschlossen, daß letzterer die **Arbeitsergebnisse des Wirtschaftsprüfers dem Interessenten zugänglich macht. Auch ein Haftungseinstands- oder Übernahmevertrag ist zu verneinen, insbesondere, wenn der Wirtschaftsprüfer die Weitergaben von seiner Zustimmung abhängig macht** und diese nicht erfolgt ist.

OLG Saarbrücken
Ur. v. 12. 7. 1978, BB 78,
1434 (rechtskräftig
nach Revisions-
rücknahme, VII ZR
251/78 am 10. 10. 1980)

Fertigt ein Wirtschaftsprüfer **im Auftrag einer Gesellschaft eine Vermögensaufstellung** und macht die Gesellschaft dieselbe einem Beteiligungsinteressenten zugänglich, so entsteht dadurch weder ein Vertrag zugunsten Dritter noch ein Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der Interessenten.

| | |
|--|---|
| Zur Haftung des Steuerbevollmächtigten, dessen Angestellter einem Kunden für dessen Hausbank bestimmten, versehentlich unrichtigen Status gefertigt hat, gegenüber einem dadurch getäuschten anderen Kreditgeber des Kunden. | OLG Köln Ur.t.v. 4.12.1978, BB 78, 333 unter Bezugnahme auf BGH VersR 73, 248 = NJW 73, 322 |
| Ein Steuerberater haftet gegenüber der Geschäftsbank seines Mandanten für die Richtigkeit der von ihm erstellten Bilanzen, wenn diese für ihn erkennbar als maßgebliche Kreditunterlage zur Bestimmung des Kreditrahmens dienen sollten und die Banken sie zur Kreditprolongierung veranlaßt haben. | LG Zweibrücken Ur.t.v. 30.6.1982 ZIP 82, 1096 |
| Steuerberatungsvertrag mit Schutzwirkung zugunsten des Kreditgebers? | LG Detmold Ur.t.v. 13.8.1981 GI 13/82 |
| Zur Haftung eines Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters für den Kreditschaden einer Bank | LG Oldenburg Ur.t.v. 6.3.1980 GI 16/81 |
| Die Rechtsprechung zur Auskunftshaftung | Hohenlohe-Oehringen BB 86, 894 |
| Dritthaftung für falsche freiwillige Auskünfte | Fischer (Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft 84, 1 ff.) |
| Grundprobleme der Dritthaftung bei Verletzung von Auskunfts- und Beratungspflichten in der neueren Rechtsprechung | Schulze JuS 83, 81 ff. |
| Die Sachwalterhaftung vermögenssorgender Berufe | Herrmann JZ 83, 422 ff. |
| Wirtschaftsprüfer und Dritthaftung | Ebke 1983 |
| Die vertragliche Haftung der Bau- und Bewertungssachverständigen für private Gutachten und Empfehlungen | Döbereiner BauR 823, 11 |
| Haftung gegenüber Dritten aus dem stillschweigenden Auskunftsvertrag | GI 3/81 |
| Zur Auskunftshaftung | Lammel AcP 79, 337 ff. |
| Die Haftung des Wirtschaftsprüfers gegenüber Dritten | Czech BB 75, 723 |
| Die Haftung des Wirtschaftsprüfers und des C.P.A. gegenüber Dritten | Ders. Diss. Hamburg 1977 |

Die vertragliche Haftung des Wirtschaftsprüfers gegenüber Dritten Durchlaub DB 74, 905

Die Erweiterung der Verantwortlichkeit des Abschlußprüfers durch die neuen aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften Boecken Diss. Köln 1969, 64 ff.

Haftung des Steuerberaters

Anerkennung des Fristversäumnisses

– Weiterführende Hinweise

(AG Elmshorn Urt.v. 4.6.1986 – Az. 54 C 172/83)

Leitsatz (d. Verf.):

Der Hinweis des Steuerberaters, die Revisionsbegründungsfrist nicht eingehalten zu haben, stellt kein Anerkenntnis eines Schadenersatzanspruchs dar. Dasselbe gilt für den Hinweis, ihn „für das Versehen regreßpflichtig zu machen“.

Aus den Gründen:

Der Beklagte ist dem Kläger zur Zahlung der geltend gemachten Klagsumme weder aus konstitutivem Schuldanerkenntnis (vgl. § 781 BGB) noch unter dem Gesichtspunkt einer Schadenersatzverpflichtung wegen schuldhafter Verletzung von Pflichten aus einem Steuerberatervertrag (pVV) verpflichtet.

Der Beklagte hat gegenüber dem Kläger durch sein Schreiben vom 15. Juli 1982 zunächst kein Schuldanerkenntnis im Rechtssinne abgegeben. Eine selbständige Begründung einer Schuldverpflichtung (welchen Umfangs?) liegt nicht vor, da die „Mitteilung“ ersichtlich nicht den Zweck verfolgte, ein zwischen den Parteien bestehendes Schuldverhältnis dem Streit oder der Ungewißheit zu entziehen. **Mit der Erklärung des Beklagten, er habe die Revisionsbegründung nicht termingerecht eingereicht, ist zwar die Fristversäumnung, jedoch nicht eine evtl. hieraus erwachsende Schadenverpflichtung** (in noch unbestimmter Höhe)

anerkannt worden. Soweit in dem Schreiben vom 5. Juli 1982 dem Kläger **anheimgestellt wird**, den Beklagten „für das Versehen regreßpflichtig zu machen“, ist hierin eine dem Steuerberater nach der Rechtsprechung (vgl. BGH NJW 1982, S. 1285 ff) auferlegte Belehrung des Mandanten für die Möglichkeiten seiner eigenen Haftung zu sehen. Ein hierüber hinausgehender Verpflichtungswille des Beklagten kann nicht erkannt werden.

Weiterführende Hinweise

1. Die Erklärung des Steuerberaters, er werde sich „dahinterklemmen“, daß seine Versicherung den Schaden sofort bezahle, ist kein Anerkenntnis, da damit gerade keine eigene Zahlungspflicht zum Ausdruck gebracht wird.

LG Tübingen StB 1981, 128

Die Behauptung des Mandanten, der Steuerberater habe bei zahlreichen Gelegenheiten den Anspruch anerkannt, ist mangels Angabe genauer Zeitpunkte unerheblich (unsubstantiiert).

2. Ein Versicherter, der den Schadenersatz verlangenden Geschädigten davon in Kenntnis setzt, daß er seine Haftpflichtversicherung eingeschaltet und um Regulierung gebeten habe, erkennt damit allgemein noch nicht bedingungslos eine Schadenersatzverpflichtung an. Unmittelbare Verhandlung des Geschädigten oder seines Bevollmächtigten mit der hinter dem Steuerberater stehenden Haftpflichtversicherung führen weder zu einer Unterbrechung der Verjährung noch zu einer Hemmung einer etwa noch laufenden Verjährungsfrist.

OLG Zweibrücken StB 1982, 66

3. Eine Teilzahlung stellt kein verjährungsunterbrechendes Anerkenntnis für den weitergehenden Regreßanspruch dar, wenn die Zahlung mit dem ausdrücklichen Hinweis erfolgt, daß eine Haftung nicht anerkannt wird.

LG Itzehoe DStR 1985, 387

4. Der Vortrag des Mandanten, der Steuerberater habe die Angelegenheit beim Finanzamt in Ordnung bringen wollen und wegen einer Erkrankung um Zurückstellung der Angelegenheit gebeten, beinhaltet weder eine Stundungsabrede mit der Folge der Hemmung der Verjährungsfrist (§ 202 BGB) noch ein Anerkenntnis.

LG Krefeld StBg
1985, 165
5. Wird ein Rechtsanwalt wegen Verletzung anwaltlicher Pflichten auf Schadenersatz in Anspruch genommen und regt er an, den Ausgang anderer Prozesse abzuwarten, so kann, wenn sich der Mandant darauf einläßt, der Einrede der Verjährung der Einwand der unzulässigen Rechtsausübung entgegengehalten werden. Denn er darf in einem solchen Falle darauf vertrauen, seine Ansprüche würden, wenn nicht befriedigt, so doch nur mit sachlichen Einwänden bekämpft werden (vgl. BGH VersR 1977, 619 mwN).

Der Mandant muß allerdings alsbald nach Beendigung dieses Streitverfahren von sich aus die Sache wieder aufgreifen (OLG Celle VersR 1978, 1119).

BGH GI 19/85
= MDR 1985, 565
= NJW 1985, 1151
= VersR 1985, 661
= WM 1985, 1038
= StBg 1985, 186
6. Die Behauptung, „jahrelanger Verhandlungen, in deren Verlauf es auch zu Vergleichsgesprächen gekommen sei“, enthält keine Grundlage für ein berechtigtes Vertrauen darauf, daß die gerichtliche Geltendmachung ohne Konsequenzen zurückgestellt werden dürfte.

LG Kassel StB
1985, 224

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.